



Nr. 6 / 30. September 2026

Flüchtlingstag 2026: Teilhabe und Zusammenhalt stärken

Anlässlich des Tags des Flüchtlings am 2. Oktober im Rahmen der Interkulturellen Woche ruft die Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen zu mehr Solidarität mit Geflüchteten und anderen Zugewanderten auf.

Am bundesweiten Flüchtlingstag im Rahmen der jährlich stattfindenden Interkulturellen Woche erinnert die schleswig-holsteinische Landeszuwanderungsbeauftragte, Doris Kratz-Hinrichsen, daran, dass der Schutz von Menschen auf der Flucht auch in Zeiten politischer Polarisierung eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung bleibt. Ihr müssen insbesondere alle demokratischen politischen Parteien verpflichtet bleiben.

Weltweit sind nach Angaben des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen weiterhin mehr als 120 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Gewalt und den Folgen humanitärer Krisen. Auch Deutschland bleibt ein wichtiges Aufnahmeland, obgleich die Zahl neu aufgenommener Geflüchteter bundesweit und auch in Schleswig-Holstein stark zurückgeht. Im Jahr 2025 wurden nach Angaben des Landes rund 7.200 Schutzsuchende aufgenommen, nachdem es 2024 noch mehr als 11.000 und 2023 rund 16.000 Menschen waren. Nach Ansicht der Landeszuwanderungsbeauftragten ist es wichtig, in der Flüchtlings-, Asyl- und Integrationspolitik, aber auch im zivilgesellschaftlichen Engagement am Ball zu bleiben und Integrationsstrategien langfristig zu verfolgen, um Zugewanderte auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft zu unterstützen.

Die Begegnung von Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit verschiedenen Lebensgeschichten steht in der Interkulturellen Woche im Mittelpunkt. Hierzu sagt die Landeszuwanderungsbeauftragte:



„Zahlreiche Menschen, die in Schleswig-Holstein Schutz gefunden haben, tragen in Schulen, Vereinen, Unternehmen und Nachbarschaften wesentlich zum gesellschaftlichen Leben bei. Sie leisten, ebenso wie Ehrenamtliche, Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Initiativen, einen unverzichtbaren Beitrag für den Zusammenhalt und das Funktionieren unseres Gemeinwesens. Der Flüchtlingstag gibt insbesondere Anlass, über die vielen positiven Effekte der Arbeit an fairer Teilhabe zu sprechen. Dazu gehört beispielsweise, dass Menschen, die zu uns kommen, von staatlicher Seite darin unterstützt werden, die deutsche Sprache zu lernen. Leider hat der Bund sein Engagement in dieser Hinsicht zuletzt stark eingeschränkt. Mit den weitreichenden Zugangsbeschränkungen zu Integrationskursen mit Beginn des Jahres hat die Bundesregierung viele Gruppen von Zugewanderten vom gesellschaftlichen Leben in Deutschland ausgeschlossen. Mittlerweile wurde die Teilnahme partiell wieder ermöglicht. Auch die Aussetzung des Familiennachzugs zu Personen mit subsidiärem Schutzstatus seit dem 24. Juli 2025 sowie die Ausweitung von Erwerbstätigkeitsverboten für Asylbewerber:innen und Geduldete aus sicheren Herkunftsstaaten nach der EU-weiten Liste sicherer Herkunftsstaaten ab dem 29. Juli 2026 verzögern Integration und Teilhabe auf Jahre hin. Die Interkulturelle Woche macht demgegenüber sichtbar, wie wichtig Begegnung, Austausch und solidarisches Handeln für den gesellschaftliche Zusammenhalt sind.“

Die Landesbeauftragte Doris Kratz-Hinrichsen betont außerdem, dass zentrale Aufgaben einer offenen Gesellschaft – der Zugang zum Recht, humanitäre Verantwortung, Integration, Weiterentwicklung von Unterstützungsstrukturen sowie der Kampf gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus – nur durch eine enge Zusammenarbeit gelingen kann. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Abstimmungen verlässlich und kooperativ gestalten und partnerschaftlich mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zusammenwirken.

Im Rahmen der Interkulturellen Woche finden landesweit Veranstaltungen statt, die den Dialog fördern und Menschen zusammenbringen. Die Landeszuwanderungsbeauftragte lädt alle Menschen in Schleswig-Holstein ein, diese Angebote zu nutzen.